Bildung zwischen den Meeren

Zeitschrift der GEW Schleswig-Holstein Nr. 11/2023

GEW-Arbeit
Quereinstieg Erzieher*innen
Seite 6

Schwerpunkt
Landesdelegierten-versammlung
Seite 12

Dein gutes Recht
Muster-Antrag und Mitgliedertelefon
Seite 20

Auf der Tagesordnung

03 BILDUNG.MACHT.GERECHTIGKEIT.
44. Landesdelegiertenkonferenz der GEW

GEW-Arbeit

04 Profis brauchen MEHR
Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder

05 GEW Kreisverband Rendsburg-Eckernförde storniert Tagungsraum wegen AfD
Interview von Matthias Heidn mit der Ko-Kreisvorsitzenden Simone Ließegang

Titel: Thomas Eisenkrätzer

06 Auf dem falschem Dampfer
Sozialministerin setzt in Kitas auf Abbau von Qualifikation

07 Promotionsstipendien ausfinanzieren
Bildungsgewerkschaft zum Offenen Brief der Stipendiatinnen und Stipendiaten

07 Keine Dauerbefristung in der Wissenschaft
Bildungsgewerkschaft zur Petition für Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

08 Hoch die Hände – Bildungswende!
Über 500 Menschen in Kiel auf der Straße für bessere Bildung

10 Der Bildung geht es schlecht
Auszug aus der Rede der GEW-Landesvorsitzenden Astrid Henke

11 Verwaltung abbauen, Schulen stärken!
GEW Brunsbüttel-Burg bezieht Position

Schwerpunkt Landesdelegiertenversammlung

12 Gewerkschaftliches Highlight für die GEW SH
Landesdelegiertenversammlung vom 30.11. bis 01.12.2023

13 Forderungen der GEW für die nächsten Jahre
Diskussion von Anträgen bei der LDV

14 Kurzvorstellung der Kandidat*innen für den GLV

18 Schriftleitung für die GEW-Mitgliederzeitschrift „Bildung zwischen den Meeren“ gesucht!

Daten, Zahlen, Fakten

19 Die Situation verschärft sich
Befristete Verträge an Schulen

Dein gutes Recht

20 Amtsangemessene Alimentation 2023
GEW ruft zu Anträgen auf

Blickpunkt

21 Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt die Putsche
Gewerkschafterin aus Burkina Faso zu Besuch

Kurz & knackig

22 Tipps, Hinweise und Termine

Notizen

23 Notizen aus dem Gewerkschaftshaus
23 Impressum

Zu guter Letzt

24 Tarif- und Besoldungsrunde Länder 2023
Wir fordern ein was ihr verdient!

BILDUNG. MACHT. GERECHTIGKEIT.

44. Landesdelegiertenkonferenz der GEW

Foto: GEW SH

von Astrid Henke
Landesvorsitzende der GEW Schleswig-Holstein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom 29. November bis 1. Dezember 2023 findet in Ostholstein in Weissenhäuser Strand unsere 44. GEW-Landesdelegiertenversammlung (LDV) statt. Rund 170 Delegierte beraten dort unter dem Motto BILDUNG.MACHT.GERECHTIGKEIT. über die GEWerkschaftspolitik in den kommenden vier Jahren. Gemeinsam entscheiden die Delegierten über die bildungspolitischen und gewerkschaftlichen Schwerpunktsetzungen der GEW und wählen die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands.

Wie oft wird in Politik und Medien über die mangelnde Bildungsgerechtigkeit nur lamentiert? Das hilft aber nicht. Die verantwortlichen Politiker*innen müssen endlich durchgreifende Maßnahmen ergreifen, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Bildungserfolge zu ermöglichen. Und die Gesellschaft muss diese Maßnahmen stärker von den Regierungen in Land und Bund einfordern, damit unser Bildungssystem nicht länger soziale Benachteiligungen zementiert. Wir werden bei der LDV intensiv über notwendige Maßnahmen und deren Durchsetzung beraten.

Wie können wir unsere Vorstellungen durchsetzen?

Gespannt sein dürfen wir auf die Ausführungen von Bildungsministerin Karin Prien, unserer GEW-Bundesvorsitzenden Maike Finnern und der Vorsitzenden des DGB Bezirks Nord Laura Pooth. Sie alle werden während der Landesdelegiertenversammlung sprechen. Um die „Fachkräftekrise in der frühkindlichen Bildung“ geht es in der Diskussion mit Johannes Albig, Staatssekretär im Sozialministerium, Doreen Siebernik, Mitglied des Geschäftsführenden GEW-Bundesvorstandes, und Ruth Weyrich, Mitglied des GLV.

Den Fachkräftemangel in Schulen, die Arbeitsbedingungen in Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung sowie die finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen u.a. werden wir in der Antragsberatung aufgreifen. Zentral ist die Frage: Wie können wir uns mit unseren Vorstellungen durchsetzen? Wie die dafür nötige Macht entfalten? Wie die GEW als Organisation stärken? Wie mehr Kolleginnen und Kollegen für die GEW-Arbeit aktivieren? Sie für Aktionen oder Veranstaltungen gewinnen?

Ich freue mich auf drei Tage GEW pur! Drei Tage, die wir nutzen werden für gute, solidarische und gewinnbringende Diskussionen. Drei Tage, an denen wir einen neuen Vorstand wählen und ihm Rückenwind und Kraft geben für die kommenden Auseinandersetzungen.

Für mich persönlich ist die LDV Ort und Zeitpunkt, nach 15 Jahren Voll-Power-GEW mit sieben Jahren als stellvertretende Vorsitzende und acht Jahren als Landesvorsitzende den Staffelstab an jüngere Kolleg*innen zu übergeben. Ich sage „Tschüss und Danke!“. Viel durfte ich mit der GEW, mit euch, liebe Kolleg*innen, erkämpfen und bekämpfen. Viel habe ich investiert und gelernt! Vor allem aber habe ich viele tolle Menschen und Neues kennenlernen und immer wieder spüren dürfen, dass es Spaß macht, sich gemeinsam zu engagieren. Manches war (bisher) nicht durchzusetzen, es bleibt noch viel zu tun!

Für mich persönlich „Tschüss und Danke!“

„Tschüss“ oder auch „Auf Wiedersehen“ heißt für mich zum Beispiel: Wir sehen uns hoffentlich bei den Aktionen zur Tarif- und Besoldungsrunde im November und Dezember. Ich bin dabei - als Landesvorsitzende oder als GEW-Kollegin. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die Politik unsere Interessen berücksichtigt. Dafür müssen wir aktiv werden und uns einsetzen. Ohne Druck wird das nichts! Die Beschäftigten der Länder dürfen nicht von der Gehaltsentwicklung der anderen Branchen oder auch von Bund und Kommunen abgehängt werden. Wir erwarten zu Recht, dass die Landesregierung sich in der TdL für eine deutliche Anhebung der Tarifgehälter einsetzt – nur so bleibt sie als Arbeitgeber konkurrenzfähig im Wettbewerb um gutes Personal. Wir erwarten zu Recht, dass die Landesregierung die Tarifergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen überträgt. Dafür müssen wir gemeinsam aktiv werden. Ich bitte euch: Nehmt an Aktionen der GEW teil. Nur wenn wir uns aktiv einbringen, können wir unsere Ziele durchsetzen. Informiert euch bitte auf der Homepage über Aktionen und bringt euch ein. Sprecht Kolleg*innen an, informiert sie, bringt sie mit! Es wird uns nichts geschenkt!

Profis brauchen MEHR

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder

Am 11.Oktober haben die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die laufende Tarif- und Besoldungsrunde bei den Ländern beschlossen. Sie fordern 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Gehalt. Der Tarifabschluss soll eine Laufzeit von einem Jahr haben.

Alle Tarifbeschäftigten und Beamte haben unter der hohen Inflation zu leiden, haben Mehrausgaben zu leisten. Daher ist eine zweistellige Forderung gerechtfertigt und eine soziale Komponente begründet sich durch die überdurchschnittlichen Belastungen der unteren Lohngruppen. In einer Umfrage unter den GEW-Mitgliedern, die tarifbeschäftigt sind, haben sich jeweils Mehrheiten für eine ordentliche prozentuale Lohnsteigerung und für eine Inflationsausgleichszahlung ausgesprochen.

In Schleswig-Holstein sind von der Tarif- und Besoldungsrunde alle Landesbeschäftigten betroffen. Das sind die Lehrkräfte und Schulassistent*innen des Landes und u.a. die Beschäftigten beim Studentenwerk. Die Hauptlast der Tarifrunde TV-L in Schleswig-Holstein liegt bei den tarifbeschäftigten Lehrkräften, denn sie sind die größte Gruppe derer, die einen Arbeitskampf führen könnten.

> *„Wir brauchen deutliche Gehaltserhöhungen.“ (Maike Finnern, GEW-Vorsitzende)*

Um diese Forderungen nach höherem Entgelt durchzusetzen ist noch viel zu tun. Zuerst einmal ist nach der zweiten Verhandlungsrunde ab dem 2./3. November zu schauen, ob die Arbeitgeber überhaupt ein Angebot gemacht haben. Wenn ja, wie bewerten wir dieses? Darüber sollte in den Kollegien diskutiert werden, zumal ja das Ergebnis für gewöhnlich auf die verbeamteten Lehrkräfte übertragen wird, daher sind sie zu beteiligen. Es ist also nicht so, dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte alleine mit der Tarifrunde gelassen werden können, denn es geht auch um die Besoldung der Beamt*innen. Wichtig ist auch, dass Tarifbeschäftigte ermuntert werden, sich an eventuellen Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen. Viele Tarifbeschäftigte haben das Gefühl, sie sind alleine und niemand würde sie bei einem Streik unterstützen, ihr Streik würde nichts bewirken. Oft sind sie tatsächlich fast alleine an ihrer Schule, aber das heißt nicht, dass sie nicht die Unterstützung der verbeamteten Lehrkräfte bekommen können. Verbeamtete Lehrkräfte könnten in der Tarif- und Besoldungsrunde von sich aus die Kollegien informieren, dafür sorgen, dass Informationen an den schwarzen Brettern hängen und dass alle GEW-Mitglieder gut mit möglichen Arbeitskampfmaßnahmen vertraut sind.

Finanzministerin Heinold (Grüne) ist zurzeit stellvertretende Verhandlungsführerin der Tarifgemeinschaft deutsche Länder (TdL), die die Arbeitgeberseite bei den Tarifverhandlungen vertritt. Sie wird also bei den Tarifverhandlungen dabei sein. In dieser Rolle könnte sie gefragt werden, wie sie zu einem Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte steht. Wie sie zur stufengleichen Höhergruppierung im TV-L steht. Das sind zwei weitere Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in die Verhandlungen gehen werden. Ein Tarifvertrag für Studentische Hilfskräfte ist seit Jahren überfällig, damit sie nicht der Willkür an ihren Hochschulen ausgesetzt sind. Seit zwei Jahren gibt es eine erfolgsversprechende Initiative, die für einen TVStud eintritt. Das sollten wir mit unterstützen. Die Forderung nach Stufengleicher Höhergruppierung bei Tarifbeschäftigten ist ein alter, noch unerfüllter Anspruch. Noch werden Tarifbeschäftigte bei Höhergruppierungen, anders als Beamt*innen, oftmals eine Erfahrungsstufe herabgruppiert.

Um den Druck auf die Arbeitgeberseite vor der 3. Verhandlungsrunde am 7. bis 9. Dezember zu erhöhen, müssen Warnstreiks und weitere Aktionen stattfinden. Von alleine bewegt sich bei der TdL meist nichts. Schon jetzt steht daher fest, dass am 28.11. ein bundesweiter Branchenstreiktag Bildung stattfinden soll. Für uns im Norden wird dazu nach Hamburg aufgerufen werden. Unter dem Motto „Profis brauchen MEHR“ werden wir als GEW alle Tarifbeschäftigten aus Schleswig-Holstein auffordern, nach Hamburg zu fahren. Das heißt, wir müssen Tarifbeschäftigte an den Schulen ansprechen, sie darüber informieren und sie darin bestärken, zu streiken.

Verbeamtete Lehrkräfte können sich auch beteiligen, sie können zwar nicht streiken, aber sie können ihre Tarifbeschäftigten am Morgen des 28. vor ihren Schulen verabschieden. Insgesamt sollten sie sich solidarisch zeigen.

Neben der Gehaltsforderung erwarten die Gewerkschaften den Abschluss eines Tarifvertrags für Studentische Beschäftigte (TV Stud) und die Übernahme der Verbesserungen, die die Gewerkschaften 2022 für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst erkämpft haben.

Jürgen Morlang,
Mitglied im GLV (Tarifpolitik)

GEW Kreisverband Rendsburg-Eckernförde storniert Tagungsraum wegen AfD

Interview von Matthias Heidn mit der Ko-Kreisvorsitzenden Simone Ließegang

Die jährliche Klausurtagung des Kreisverbandes sollte im Hotel Seeblick in Mühbrook stattfinden. Nun habt ihr im Nordkolleg in Rendsburg getagt. Warum?

Wir sind seit vi elen Jahren in Mühbrook zu Gast, so war es auch in diesem Jahr geplant. Allerdings bekamen wir am 7. September eine Nachricht eines GEW-Kollegen aus Bordesholm, der auf einen Artikel aufmerksam geworden war. In diesem wurde über eine Veranstaltung der AfD berichtet – der Ex-Spiegel Journalist Matthias Matussek sollte seinen Roman „Armageddon“ vorstellen. Als Veranstaltungsort war das Hotel in Mühbrook angegeben. Da die Positionen der AfD nicht nur mit unseren persönlichen Werten, sondern auch mit denen der GEW unvereinbar sind, war für den ganzen Vorstand des Kreisverbandes klar, hier müssen wir reagieren. Wir werden jetzt und in Zukunft keinen Veranstaltungsort finanziell unterstützen, der rechtem Gedankengut eine Bühne gibt. Aus diesem Grund sprachen sich alle Vorstandsmitglieder für eine Stornierung der Buchung aus. Klar war auch, die Gründe für die Stornierung sollten durch eine Stellungnahme erklärt werden. Während die AfD in Mühbrook tagte, ließen wir den Betreibern somit Stornierung und Stellungnahme zukommen.

Zum Glück konnten wir mit unserer eigenen Tagung spontan im Nordkolleg in Rendsburg unterkommen.

Wie hat das Hotel Seeblick reagiert?

An dieser Stelle möchte ich aus der Antwortmail der Hotelbetreiberin zitieren: „{…} wenn Sie nur wüssten, was hier alles in den letzten 49 Jahren sich trifft, wohnt, tagt)… da sollten Sie eigentlich seitens der GEW „drüberstehen“…. Das tun wir als GEW ausdrücklich nicht. Wer in der heutigen Zeit der AfD Unterkunft bietet, findet bei der GEW kein Verständnis. Das formulierte Schreckgespenst der noch weniger kompatiblen Gäst*innen möchte ich mir

Foto: Volker Murawski

nicht weiter vorstellen, es zeigt aber nochmals deutlich, dass die Entscheidung richtig war und ist.

Neben dem Unverständnis, das aus den Worten der Inhaberin hervorgeht, formuliert sie den wirtschaftlichen Aspekt. Ich sehe, dass in der aktuellen Zeit das Fortführen mancher Betriebe schwer ist, gleichzeitig kann das nicht Tür und Tor für jedermann öffnen.

Kurz: Uns wird die Stornierung zu 80 Prozent in Rechnung gestellt und es wurde eine emotionale Ansprache an uns verschriftlicht. Wir sehen aber den richtigen Weg in unserer Entscheidung und tragen die finanzielle Belastung.

In Henstedt-Ulzburg fand der AfD-Landesparteitag im Bürgerhaus statt. Die Gemeinde hatte der AfD die Genehmigung verweigert, war dann aber vor dem Verwaltungsgericht unterlegen. Seht ihr Parallelen oder Unterschiede?

Wir können, wie die Gemeinde Henstedt-Ulzburg, nicht auf das Ausgrenzen der AfD durch gesetzliche Mittel bestehen, obwohl ein bekannter Vertreter der Partei offiziell als rechtsradikal bezeichnet werden kann. Die Präsenz der Partei wächst stetig. Es ist daher umso wichtiger, dass wir alle, wo wir können, ein Zeichen setzen und auf die Missstände aufmerksam machen. Wir können unsere Entscheidung begründen und mit entgegengestellten Meinungen in den friedlichen Diskurs gehen.

Mit der AfD selbst wollen wir nicht ins Gespräch gehen, aber mit allen, die aktuell unzufrieden sind und sich deshalb auf eine vermeintliche Alternative für Deutschland einlassen, mit ihnen Geschäfte machen, sie somit indirekt unterstützen.

Ich begrüße also das Vorgehen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und sehe darin eine gemeinsame Position: Nein, wir wollen kein Erstarken rechter Positionen in unserer modernen Welt. Auch wenn die Gemeinde letztlich die AfD beherbergen musste. Doch das Positionieren und der Dialog mit den Menschen drum herum ist wichtig, damit rechtes Gedankengut eben nicht wieder salonfähig wird. In Mühbroock gab es eine Gegendemo mit demokratie- und menschenfreundlichen Aussagen.

Letztendlich freue ich mich, dass wir gemeinsam für die richtige Sache einstehen. Danke an alle, die ihre Stimme erheben und dem aktuellen Trend entgegentreten.

Habt ihr einen Rat für andere Kreisverbände?

Wir, die GEW, stehen für Freiheit, soziale Werte und die Demokratie ein, ich bin überzeugt, dass alle Mitglieder ebenso aufgestellt sind. Liebe Kreisverbände: Ihr seid auf dem richtigen Weg, sagt nein zur AfD, sagt nein zur Feindlichkeit gegen Menschen. Ich selbst bin Lehrerin und möchte mir nicht vorstellen, wie sich mein beruflicher Alltag und der gesellschaftliche Rahmen ändert, wenn die AfD oder ähnliche Parteien in eine Regierungsposition kommen.

Also, sagt nein, formuliert eure Position und bleibt im Gespräch, ihr seid nicht allein.

Vielen Dank für das Gespräch!

Auf dem falschem Dampfer

Sozialministerin setzt in Kitas auf Abbau von Qualifikation

Die personelle Situation in vielen schleswig-holsteinischen Kitas ist schwierig – und wird immer schwieriger. Leidtragende sind in erster Linie die Kinder und die Beschäftigten. Aber auch Eltern machen sich zunehmend Sorgen um Bildung und Betreuung ihrer Kinder. Denn der Personalmangel greift immer weiter um sich. Reduzierte Öffnungszeiten oder gar Gruppenschließungen sind schon lange keine exotischen Einzelfälle mehr. Und der nächste Winter mit den typischen Erkältungskrankheiten dürfte die Lage vielerorts noch verschlimmern.

Am 18. September 2023 unterbreitete nun Sozialministerin Aminata Touré (GRÜNE) in Kiel Vorschläge zur Behebung - oder wenigstens zur Reduzierung - des Personalmangels in Kitas. Leider schlägt sie dabei einen völlig falschen Weg ein. Sie versucht nämlich weiterhin, dem Personalmangel in Kitas durch Absenkung der Qualifikationen des pädagogischen Personals zu begegnen. Kritik von GEW und Kita-Trägern im Vorfeld haben nichts gefruchtet.

Kindertagesstätten sind Bildungsstätten. In ihnen wird neben dem Elternhaus der Grundstein für den weiteren Bildungsweg der Kinder gelegt. Die Botschaft darf daher nicht lauten: Kita kann jede, Kita kann jeder.

*GEW lehnt diesen Einsatz von Quereinsteiger*innen ab*

Gerade kleine Kinder brauchen gut ausgebildetes Personal. Nur hinreichend qualifizierte Mitarbeiter*innen sind in der Lage, Kinder angemessen zu fördern. Abstriche bei der beruflichen Qualifikation sind daher falsch.

Die vorgestellten Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und –sicherung in Kitas reichen hinten und vorne nicht, um das Problem in den Griff zu kriegen. Immer noch blendet die Landesregierung die Arbeitsbedingungen weitgehend aus. Dabei sind sie neben der Bezahlung die entscheidende Stellschraube, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung als Erzieher*in oder Sozialpädagogische Assistent*in zu gewinnen. In besseren Arbeitsbedingungen liegt auch der

Foto: Thomas Eisenkrätzer

Schlüssel, um die ständige Abwanderung aus den Berufen der Erzieher*in und der Sozialpädagogischen Assistent*in zu verhindern. Rund ein Viertel der Erzieher*innen/pädagogischen Beschäftigten in der Frühen Bildung sind, statistisch betrachtet, schon nach fünf Jahren wieder raus aus dem Beruf. Nur gut ein Drittel kann sich vorstellen, bis zur Altersgrenze im Beruf zu arbeiten. Das geht aus einer Allensbach-Umfrage hervor.

Wie sehen nun die Pläne der Ministerin konkret aus? Quereinsteiger*innen dürfen in Zukunft als Zweitkraft in Kitas arbeiten. Als Voraussetzung müssen sie nur eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Hochschulabschluss mitbringen, aber nicht unbedingt mit einem pädagogischen Schwerpunkt. Nur irgendwie geartete zweijährige praktische berufliche oder außerberufliche Erfahrungen im Bereich der Bildung werden gefordert. Dazu kommen eine zertifizierte pädagogische Qualifizierung von 480 Stunden und ein Praktikum in einer Kita im Umfang von mindestens 500 Stunden.

Wegen der verfehlten Politik in den vergangenen Jahren, die mit immer schlechteren Arbeitsbedingungen den Personalmangel letztlich verursacht hat, und dem hohen Personalbedarf werden wir in den kommenden Jahren wohl um den Einsatz von Quereinsteiger*innen nicht herumkommen. Unter den Bedingungen, wie sie die Sozialministerin vorgestellt hat, lehnt die GEW den Einsatz von Quereinsteiger*innen jedoch ab. 480 Stunden pädagogische Qualifikation und eine Praxiszeit von 500 Stunden reichen einfach nicht aus für den Einsatz als pädagogische Fachkraft in der Kita.

Das Sozialministerium will Sozialpädagogischen Assistent*innen die Chance eröffnen, als Gruppenleitung zu arbeiten. Voraussetzung ist dafür eine mindestens zehnjährige Berufserfahrung als Zweitkraft und eine spezifische Gruppen-Leitungsqualifizierung mit Abschlussprüfung. Auch wir sehen die Notwendigkeit, Personen, die schon sehr lange in Kitas arbeiten und sich in der Praxis bewährt haben, diese Möglichkeit zu eröffnen.

Die GEW fordert schon seit längerer Zeit, die Anerkennung von im Ausland erworbenen gleich- oder höherwertigen Studienabschlüsse oder Ausbildungen zu erleichtern. Dass das Sozialministerium dies genauso sieht, können wir nur begrüßen.

„Wir wollen die besten Kitas für Kinder in Schleswig-Holstein“, sagte Sozialministerin bei der Vorstellung ihrer Pläne. Das Wollen wollen wir der Ministerin nicht absprechen. Aber auf der Basis ihrer neuen Personalqualifikationsverordnung wird sie ihr ehrgeiziges Ziel nicht erreichen. *Bernd Schauer, Geschäftsführer der GEW*

Promotionsstipendien ausfinanzieren

Bildungsgewerkschaft zum Offenen Brief der Stipendiatinnen und Stipendiaten

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) gemahnt, die Stipendien für Promovierende zu erhöhen und so auszufinanzieren, dass die Förderzahlen mindestens stabil gehalten werden können. „Es ist zu begrüßen, dass die Ministerin die Stipendien erstmals seit 2016 in drei Stufen bis 2025 um insgesamt 300 Euro anheben möchte – von derzeit 1.350 auf künftig 1.650 Euro. Vor dem Hintergrund gestiegener Lebenshaltungskosten war die Anhebung überfällig, sollte aber statt in drei Stufen sofort wirksam werden. Darüber hinaus muss die Erhöhung durch eine entsprechende Ausweitung des Budgets für die Stipendien im Bundeshaushalt flankiert werden. Die GEW unterstützt daher das Anliegen des an die Ministerin gerichteten Offenen Briefs, den Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten heute veröffentlicht haben“, sagte Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Hochschulexperte, am Montag in Frankfurt a.M.

„Bliebe die Ausfinanzierung der Stipendien im Haushalt aus, wären die Begabtenförderwerke womöglich gezwungen, die Zahl der geförderten Promovierenden deutlich zu reduzieren. Erst recht, wenn gleichzeitig - wie von der Ministerin angekündigt - die maximale Förderdauer von drei auf dreieinhalb Jahre verlängert wird. Auch diese Erhöhung ist richtig und überfällig, darf aber ebenfalls nicht zu Lasten der Förderzahlen gehen“, mahnte Keller. Stark-Watzinger müsse sich in den Haushaltsverhandlungen gegen Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) durchsetzen und nicht nur die geplante Kürzung ihres Budgets um über eine Milliarde Euro abwehren, sondern insgesamt „deutlich mehr für Bildung und Wissenschaft rausholen, beispielsweise auch für die versprochene Reform der Ausbildungsförderung“, betonte der GEW-Hochschulexperte.

Pressemitteilung der GEW vom 18.09.2023

Info

Die insgesamt 13 Begabtenförderwerke, unter ihnen die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung, erhalten vom Bundesministerium für Bildung und Forschung Gelder für die Vergabe von Promotionsstipendien. Deren Höhe und Förderdauer legt das Ministerium in Richtlinien fest. Der Offene Brief der Stipendiatinnen und Stipendien aus unterschiedlichen Förderwerken wurde im Internet in Form einer Online-Petition veröffentlicht.

Keine Dauerbefristung in der Wissenschaft

Bildungsgewerkschaft zur Petition für Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ruft zur Unterzeichnung der Petition für eine „ echte Reform“ des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) auf, welche die Bildungsgewerkschaft heute mit weiteren Organisationen veröffentlicht hat. „Fast neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Universitäten sind befristet beschäftigt, 42 Prozent der Arbeitsverträge haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr. Das ist nicht nur unfair gegenüber den hoch qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern gefährdet auch die Qualität von Forschung und Lehre. Dabei sind wir auf eine starke Wissenschaft angewiesen, etwa um die sozialen und technologischen Herausforderungen von Klimakrise oder Digitalisierung zu meistern. Das geht nicht mit prekären Arbeitsbedingungen“, sagte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender und Hochschulexperte der GEW.

Die in Zusammenarbeit mit der Bürgerbewegung Campact gestartete Petition wendet sich „gegen Dauerbefristung in der Wissenschaft“ und richtet sechs Forderungen an die Abgeordneten des Bundestages. So solle im WissZeitVG der Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ verankert werden: Zeitverträge dürfe es nur noch in der Promotionsphase geben – und zwar mit einer Laufzeit von in der Regel sechs, mindestens vier Jahren. Nach der Promotion müssten Dauerstellen oder Entfristungszusagen angeboten werden. Für studentische Beschäftigte müsse eine Regelvertragslaufzeit von zwei Jahren gelten. Wer Kinder betreut, Angehörige pflegt oder selbst behindert oder chronisch krank ist, solle einen Rechtsanspruch auf Nachteilsausgleich erhalten. Damit Gewerkschaften und Arbeitgeber vom Gesetz abweichende Tarifverträge zur Befristung aushandeln können, müsse die Tarifsperre aus dem Gesetz gestrichen werden.

„Der Entwurf für eine WissZeitVG-Reform, den Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) vorgelegt hat, bleibt nicht nur weit hinter den Erwartungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zurück, sondern auch hinter den Versprechen der Ampelkoalition. Mit der Petition will die GEW den Druck auf die Koalition erhöhen, keine kosmetische Reparaturnovelle, sondern eine echte Reform des WissZeitVG auf den Weg zu bringen“, betonte Keller.

Pressemitteilung der GEW vom 20.09.2023

Info

Die Petition „Stoppt die Dauerbefristung in der Wissenschaft“ kann online auf der Website von campact.de gelesen und unterzeichnet werden:
https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-dauerbefristung-in-der-wissenschaft

Foto: Susanne Melchior

Hoch die Hände

Über 500 Menschen in

Hoch die Hände – Bildungswende!“ Mit diesem Schlachtruf gingen über 500 Menschen am Sonnabend, 23.9.2023 in Kiel auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf des Bündnisses „Bildungswende Jetzt!“. Unüberhörbar machten sie deutlich: Wir brauchen mehr Geld für Bildung.

Erzieher*innen. Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern eint die Sorge um den Zustand der Bildung in Deutschland. Deshalb haben sie sich zusammengeschlossen, um gemeinsam eine Bildungswende herbeizuführen. Die Demonstrant*innen waren sich darin einig, dass gute Bildung bessere Bedingungen braucht, und zwar überall: in Kitas, in Schulen, in der Beruflichen Bildung, in Hochschulen und in Weiterbildungseinrichtungen. Den Demonstrationszug durch die Kieler Innenstadt in Schwung brachte die Marching Band Super-Rabatzki.

Zu Beginn der Abschlusskundgebung am Kieler Bootshafen rief Laura Pooth, Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nord unter lautem Beifall: „In einem reichen Land wie Deutschland, das zu den reichsten der Welt gehört, müsste es selbstverständlich sein, dass Bildung das höchste Gut in der Gesellschaft ist. Und wer in der Bildung arbeitet, braucht auch gute und faire Arbeitsbedingungen. Dem ist aber nicht so.“

Die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke untermauerte die Forderung des Bündnisses nach einem Sondervermögen Bildung in Höhe von 100 Milliarden Euro: „Bildung ist die Investition in die Zukunft! Das Geld brauchen wir, um die Bildungseinrichtungen zukunftsfähig zu machen. Wir brauchen aber vor allem Menschen. Motivierte Menschen, die gerne in der Bildung arbeiten.“ Mit schlechten Arbeitsbedingungen ließen

– Bildungswende!

Kiel auf der Straße für bessere Bildung

Foto: Thomas Eisenkrätzer

sich aber keine Menschen für pädagogischen Berufe gewinnen.

Zu den Redner*innen zählten außerdem Amelie Biebau, Landesschüler*innensprecherin der Gemeinschaftsschulen, Christoph Grubor, Elternvertreter, die Erzieherin Laetitia Masson und die Lehrerin Sabine Lange. Für gute Stimmung unter den Teilnehmer*innen sorgten aber nicht nur die kämpferischen Reden, sondern auch das JB Soul Orchestra aus Kiel mit Soulmusik vom Feinsten.

Die Demo in Kiel war Teil des bundesweiten Bildungsprotesttags, zu dem das Bündnis „Bildungswende Jetzt“ aufgerufen hatte. Bundesweit beteiligten sich 25 000 Menschen. Konkret fordert das Bündnis:

- Schule und Kita zukunftsfähig und inklusiv machen!
- Arbeitsbelastung runter, Bildungsqualität rauf!
- Eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen und Lehrkräfte!
- Mehr Geld für Bildung durch ein Sondervermögen!
- Gute Rahmenbedingungen für Weiterbildungseinrichtungen!

Folgende Organisationen unterstützten in Schleswig-Holstein den Demo-Aufruf:

- Arbeit und Leben Schleswig-Holstein
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V
- DGB Nord
- DGB Jugend
- Fridays for Future Kiel
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Schleswig-Holstein
- GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
- Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen SH
- Landeselternbeirat Gymnasien SH
- Landesschülervertretung Gymnasien SH
- Landesverband der Kita- und Schulfördervereine (LVFV) Schleswig-Holstein

Susanne Melchior,
Referentin für den Organisationsbereich Schule

Der Bildung geht es schlecht

Auszug aus der Rede der GEW-Landesvorsitzenden Astrid Henke:

Der Bildung in Deutschland geht es schlecht. Sehr schlecht. Und weil wir das nicht länger hinnehmen wollen, sind wir heute hier. Gemeinsam mit vielen Menschen in Berlin, Köln und anderen Orten sagen wir der Politik: Schluss mit lustig! Wir lassen die Bildung in Deutschland und in Schleswig-Holstein nicht weiter vor die Hunde gehen!

Bis 2035 werden bundesweit 540.000 Lehrer*innen fehlen. Schon heute fehlen 300.000 Erzieher*innen. Dieser Mangel ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis von jahrelangem politischem Versagen. Versagen beim Bund. Versagen beim Land. Schlechte Arbeitsbedingungen in Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen haben die pädagogischen Berufe immer unattraktiver gemacht. Viele Kolleg*innen verlassen den Beruf, weil sie mit den schlechten Bedingungen nicht klar kommen. Jetzt stecken wir tief der Krise: zu wenig Personal, zu wenig Kita-Plätze, Kitas oft nur im Notbetrieb, zu große Klassen und Unterrichtsausfall.

Aufbewahren statt Bildung scheint die Devise der Politik zu lauten. Darunter leidet die Qualität. Darunter leiden Kinder und Jugendliche. Darunter leiden die Beschäftigten. In einem so heruntergewirtschafteten System lässt es sich nicht gut fördern und lehren. Es leidet aber auch die gesamte Gesellschaft. 50000 junge Menschen verlassen die Schule pro Jahr ohne Abschluss. 15 Prozent der jungen Menschen stehen heute schon ohne Berufsausbildung da! Das ist ein Skandal. Wer Kindern und Jugendlichen die Bildung klaut, der klaut ihnen auch die Zukunft.

Bildung ist die Investition in die Zukunft! Deshalb fordern wir ein Sondervermögen Bildung in Höhe von 100 Milliarden Euro. Das Geld brauchen wir, um die Bildungseinrichtungen flott zu machen. Wer hat schon Lust auf eine Schule, in der der Schimmel an den Wänden hängt? Oder eine Hochschule, in der bei zu starkem Wind die Hörsäle gesperrt werden müssen?

Vor allem aber brauchen wir Menschen. Motivierte Menschen, die gerne in der Bildung arbeiten. Wann kommt von der Politik das Signal für eine große Fachkräfteoffensive für Erzieher*innen und Lehrkräfte? Wann das Signal für bessere Arbeitsbedingungen für Pädagog*innen? Nur so gewinnen wir ausreichend Fachkräfte. Ich sage bewusst Fachkräfte! Nicht irgendwelche Leute! Dafür steht die GEW Schleswig-Holstein heute hier mit euch und ich freue mich, dass wir so viele sind.

Wir brauchen eine Bildungswende! Nicht morgen, nicht übermorgen. Sondern: Jetzt!

Foto: Susanne Melchior

Foto: Susanne Melchior

Foto: Erwin Faßmer

V.l.n.r. Carolin Rohwedder, Neele Herrmann, Erwin Faßmer und Heidi Herrmann

Verwaltung abbauen, Schulen stärken!

GEW Brunsbüttel-Burg bezieht Position

Der Ortsverein Brunsbüttel-Burg der GEW sieht die Schulen und Kitas in Dithmarschen auf dem Weg in eine Bildungskatastrophe. Mit einer „politischen Bestandsaufnahme“ stimmte Erwin Faßmer als einer der beiden Vorsitzenden des GEW-Ortsvereins die Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung 2023 ein.

Faßmer stellte zu Beginn seine Einschätzung zum blutigen Angriffskrieg Russlands auf die benachbarte Ukraine sowie zur sich weiter zuspitzenden Migrationskrise dar. Beide Ereignisse seien für die Schulen und Kitas nicht nur große Herausforderungen, sie überforderten diese inzwischen an etlichen Standorten. Aber auch ohne diese zusätzlichen Aufgaben sei inzwischen in der ganzen Republik ein stetig wachsender Lehrkräftemangel zu verzeichnen, auf den die GEW seit vielen Jahren hingewiesen hätte. Die Politik hätte allerdings meist nur mit rhetorischen Phrasen wie „Bildung hat Vorrang“ reagiert, ohne diese Aussage mit Taten zu unterfüttern. Unser Bildungssystem sei seit Jahrzehnten unterfinanziert, konstatierte Faßmer. Er berichtete, dass die Situation in Dithmarschen seit Jahren bekanntermaßen dramatisch sei. Besonders in etlichen Grundschulen werden nicht grundständig ausgebildete Kolleginnen und Kollegen im Unterricht eingesetzt, auch in den Förderzentren sind viele Planstellen nicht mehr mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Die „Ständige Wissenschaftliche Kommission“, ein Beratergremium der Kultusministerkonferenz, spricht davon, dass dieser Lehrkräftemangel die nächsten zwanzig Jahre anhalten wird. Diese „Expertenkommission“ hat Vorschläge zur Abschwächung dieses Notstandes unterbreitet: die Möglichkeiten für Teilzeit sollten reduziert werden, die Stundenzahl der Lehrkräfte pro Woche sollte ebenso erhöht werden wie die Klassengrößen. Außerdem schlagen sie zur Gesundheitsvorsorge für Lehrkräfte Maßnahmen wie Achtsamkeitstraining und Yoga vor. Faßmer brachte sein Erstaunen über diese weltfremden Vorschläge zum Ausdruck. Statt das Lehramt durch verbesserte Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, würden die „Experten“ vorschlagen, die Bedingungen an den Schulen weiter zu verschlechtern. Das könnte nicht der geeignete Weg sein, um dem Notstand entgegen zu wirken. Er zitierte die Staatssekretärin im Bildungsministerium in Kiel, die zur Personalnot an den Schulen gesagt hätte: „Insgesamt über alle Schularten und Fächer gesehen hätten wir eigentlich genügend Nachwuchs.“ Faßmer wollte ihr zurufen: „Das Leben spielt sich im Indikativ, nicht im Konjunktiv ab, Frau Stenke.“ Das Ministerium sei offenkundig nicht in der Lage, über die Studienplätze den für den Bedarf notwendigen Nachwuchs an Lehrkräften zu steuern.

Den Verwaltungen würde es besser gelingen, ihre Interessen durchzusetzen. Wenn die Politik der Bürokratie neue Aufgaben zuweisen würde, schaffe diese häufig zusätzliche Stellen. Für diesen Umstand führte er mehrere Beispiele an. Den Schulen dagegen würden seit Jahren immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne das dafür notwendige Personal bereitzustellen. Daher könne die Forderung nur lauten, die Verwaltung abzubauen, um die notwenigen Mittel für die Stärkung der Schulen freizusetzen.

Aus Brunsbüttel gab es aber auch positive Nachrichten. An der Schleusen-Gemeinschaftsschule wurde mit den Arbeiten für einen Anbau begonnen, da der Neubau, der erst 2018 bezogen worden war, schon zu klein sei. Die Grundschule West ist mittlerweile abgerissen und übergangsweise in die Boje-Schule eingezogen, bis der geplante Neubau in einigen Jahren erstellt sein wird. Brunsbüttels Bildungslandschaft sei auf einem guten Weg

Große Einigkeit gab es bei den anschließenden Wahlen. Die beiden Vorsitzenden Heidi Herrmann und Erwin Faßmer sowie die Schriftführerin Neele Herrmann wurden ohne Gegenstimme im Amt bestätigt. Neu als Kassenwartin wurde die junge Kollegin Carolin Rohwedder ebenfalls ohne Gegenstimme gewählt. Dem ausscheidenden Kassenwart Andreas Jacob, der die Finanzen des Ortsvereins acht Jahre vertrauensvoll verwaltet hatte, galt der Dank der Versammlung.

Die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der GEW konnten anschließend nicht im Rahmen der Versammlung vorgenommen werden. Hannelore Johannsen gehört der GEW seit 50 Jahren an und lebt inzwischen in Bayern. Sie möchte dem Ortverein aber ausdrücklich weiter angehören. Die Ehrenurkunde und ein Präsent werden ihr postalisch zugestellt. Susann-Kristina Möller ist seit 30 Jahren Mitglied in der GEW, konnte aber nicht an der Versammlung teilnehmen. Ihre Ehrung wird im privaten Rahmen erfolgen.

Zum Ausklang des Abends ergaben sich bei einem wohlschmeckenden Seemanns-Curry angeregte Gespräche.

GEW Ortsverein Brunsbüttel-Burg

Gewerkschaftliches Highlight für die GEW SH

Landesdelegiertenversammlung vom 30.11. bis 01.12.2023

Das Highlight der Gewerkschaftsarbeit innerhalb der GEW Schleswig-Holstein steht kurz bevor. Die Landesdelegiertenversammlung (LDV), die alle vier Jahre stattfindet, tagt vom 30. November bis 1. Dezember 2023 in Weissenhäuser Strand. Bei dieser Tagung nehmen sich die Delegierten zweieinhalb Tage Zeit, um das Führungspersonal zu wählen,

- wichtige Forderungen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten vier Jahre zu diskutieren und zu beschließen,
- mit verantwortlichen Politiker*innen aus der Bildungspolitik zu sprechen,
- die Zeit auch zu persönlichen Gesprächen untereinander zu nutzen, GEW-Kolleg*innen kennenzulernen oder wieder zu sehen und an einem Abend zu feiern und zu tanzen.

Welche Aufgabe hat die Landesdelegiertenversammlung?

Die LDV tagt alle vier Jahre und bestimmt die Richtlinien für die Arbeit des Landesverbandes bis zur nächsten LDV. Sie wählt die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands (GLV), die Mitglieder der Landesschiedskommission und die Delegierten zum Gewerkschaftstag auf der Bundesebene. Sie bestätigt die Vorsitzenden oder das Leitungsteam der Fachgruppen, Ausschüsse und Kommissionen und das von der Jungen GEW für den GLV benannte Mitglied sowie Ersatzmitglied.

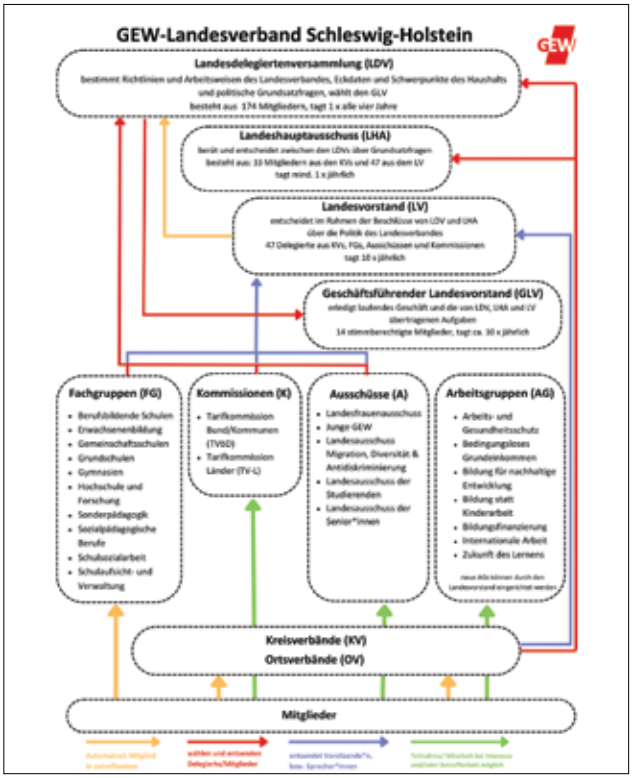


Foto: Iris Jäßing

Wie setzt sie sich zusammen?

Die LDV setzt sich zusammen aus den 100 Delegierten der Kreisverbände, je zwei Delegierten der Fachgruppen, je einem Delegierten der Ausschüsse, je einem Delegierten der Kommissionen und aus den Mitgliedern des Landesvorstands (LV). *(S. Organigramm links unten)*

Wie sind die Delegierten bestimmt worden?

Wir haben 16 GEW-Kreisverbände, zehn Fachgruppen, fünf Ausschüsse und zwei Kommissionen. GEW-Mitglieder, die sich in diesen Bereichen engagieren, konnten sich als Delegierte für die LDV bewerben. Die Sitze der Delegierten sollen entsprechend des Anteils an der Mitgliedschaft auf Frauen und Männer entfallen. Dabei ist anzustreben, junge Mitglieder und Mitglieder der außerschulischen Bereiche entsprechend ihrem Anteil in der Mitgliedschaft zu berücksichtigen.

Die Ausschreibung der LDV ist in der „Bildung zwischen den Meeren“ im Mai 2023 erfolgt. Auf den nachfolgenden Seiten werden Anträge vorgestellt, die bis zur gesetzten Frist eingereicht worden sind. Außerdem werden die Kolleg*innen vorgestellt, die für den GLV kandidieren. Alle Informationen rund um die LDV werden auch auf die Homepage (www.gew-sh.de) gesetzt. Dort werden nach der LDV die Ergebnisse der Wahlen sowie die wesentlichen Beschlüsse veröffentlicht.

Eine Zusammenfassung aller Beschlüsse und Wahlen, verknüpft mit vielen Bildern, werden in der „Bildung zwischen den Meeren“, die im Februar erscheinen wird, dokumentiert.

Matthias Heidn,
Schriftleiter der „Bildung zwischen den Meeren“

Forderungen der GEW für die nächsten Jahre

Diskussion von Anträgen bei der LDV

Das Bildungssystem steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die Arbeitsbelastung, der Fachkräftemangel, heruntergekommene Gebäude und die chronische Unterfinanzierung treffen auf ein Bildungswesen, das ungerecht und nicht auf das digitale Zeitalter eingestellt ist. „Die Politik“ muss endlich handeln – und die GEW wird sich einmischen.

Deshalb befasst sich die Landesdelegiertenversammlung (LDV) mit folgenden Themen und Handlungsstrategien.

Arbeitsbelastung

Zum Thema „Arbeitsbelastung“ liegen die meisten Anträge vor. Der Kreisverband (KV) Flensburg beantragt, dass sich der Landesverband für die Entlastung der Erzieher*innen und anderer pädagogischen Fachkräfte einsetzt. In einem Antrag des Landesvorstands geht es auf Grundlage von Studien sowie auf Grundlage eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) um die Erfassung der Arbeitszeit. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Arbeitszeit der Lehrkräfte transparent zu erfassen, ohne dass sich daraus eine Leistungs- oder Verhaltenskontrolle ableiten lässt. Die GEW wird die Mitglieder in den betroffenen Arbeitsbereichen informieren und sie in den Diskussionsprozess einbeziehen. In einem Antrag der Fachgruppe (FG) Hochschule und Forschung wird eine strukturelle Verbesserung der Arbeits- und Lehrbedingungen für alle Personalgruppen an den Hochschulen gefordert. Die FG Grundschulen und Gymnasien befassen sich in ihren Anträgen mit schulartspezifischen Belastungssituationen. Der KV Pinneberg fordert ein maßgeschneidertes Online-Office und ein Cloud-Dienst. Der KV Flensburg beantragt die Einstellung von Verwaltungskräften an Schulen.

Fachkräftemangel

Mit Anträgen des LV zum Lehrkräftemangel und der FG Sozial- und Erziehungsdienst zur Erzieher*innen-Ausbildung sollen Forderungen beschlossen werden, um die Regierung zu einem entschiedeneren Handeln zu bringen. Außerdem sollen konkrete Positionen für die Gestaltung der Ausbildung beschlossen werden.

Mangelnde Bildungsgerechtigkeit

Der LV reicht einen Antrag ein, in dem für alle Bildungsbereiche Maßnahmen gefordert werden, um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Des Weiteren legt der LV Positionen zur Ausgestaltung des politisch für 2026 beschlossenen Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung an Grundschulen vor. U.a. soll die GEW einen Bildungstag durchführen und ein 10-Punkte-Sofortprogramm entwickeln und pressewirksam präsentieren. Die FG Sonderpädagogik bringt einen Antrag ein, der sich mit den erforderlichen Schritten auseinandersetzt, um ein inklusives Schulsystem zu erreichen.

Unterfinanzierung

Hierzu liegen Anträge des LV vor. In einem allgemeinen Antrag werden Bedarfe und Mängel bei der Finanzierung der Bildung in Deutschland aufgelistet. Die GEW will sich aktiv an einer schrittweisen Verbesserung der Situation beteiligen. In einem zweiten Antrag wird ein stärkerer Anstieg der Bildungsausgaben bei der frühen Bildung (Krippe, Kita und Grundschule) gefordert. Schließlich werden in einem dritten Antrag konkrete Aktivitäten der GEW beschrieben.

Alle eben genannte Schwerpunkte werden in einem weiteren Antrag des LV aufgenommen, der sich mit der Zukunft des schulischen Lernens befasst.

Organisationsentwicklung

In einem Antrag des LV werden Ziele für die Weiterentwicklung der GEW formuliert. Dabei werden Maßnahmen für die Modernisierung und Digitalisierung der GEW, für die Vertretung der GEW in den Bildungseinrichtungen, für die Gewinnung von neuen und für das Halten bisheriger Mitglieder in der GEW beschrieben. Zur Umsetzung soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

Satzungsänderungen

Es sollen bei der LDV diverse Satzungsänderungen beschlossen werden. Viele davon sind redaktioneller Art. Drei Punkte sollen hier angesprochen werden:

- Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands sollen eine Vergütung erhalten können. Die genaue Umsetzung soll der LV beschließen.
- Um bei der LDV Delegierte zu haben, die vor nicht allzu langer Zeit gewählt worden sind, soll eine zeitliche Grenze von „12 Monaten“ vor der (ordentlichen) LDV eingezogen werden.
- Es soll ein zusätzlicher Ausschuss „Queer“ installiert werden.

Nach der Beschlussfassung ist Handeln angesagt

Bei der LDV sind spannende Diskussionen und Beschlüsse zu erwarten. Wichtig danach ist die Umsetzung der beschlossenen Aktivitäten. Das erfordert eine große gemeinsame Anstrengung und die Bereitschaft Vieler, sich zu beteiligen. Nur so kann es uns gemeinsam gelingen, so viel politischen Druck zu entfalten, dass „Bildung“ nicht nur in den Sonntagsreden der Politiker*innen eine besondere Rolle spielt, sondern auch in ihrem politischen Handeln.

Matthias Heidn,
Schriftleiter „Bildung zwischen den Meeren“

Kurzvorstellung der

LANDESVORSITZ | ES KANDIDIEREN ALS TEAM: FRANZISKA HENSE | KERSTIN QUELLMANN | HENNING SCHLÜTER

Foto: studioline photography Kiel

Franziska Hense

SONDERSCHULLEHRERIN | FG SONDERPÄDAGOGIK | KV PINNEBERG

Ich kandidiere für den Vorsitz der GEW, weil ich immer schon politisch aktiv war, als Stufensprecherin während der Oberstufe, als Studentin in der Fachschaft und im AStA und danach als Sprecherin der Jungen GEW. Meine Stärke ist meine ungebändigte Wut über Ungerechtigkeiten im (Bildungs-) System – sie treibt mich an. Ich wünsche mir, dass der Begriff Bildungsgerechtigkeit irgendwann eine Worthülse wird, von der wir nicht mehr wissen, was sie bedeutet – weil wir sie längst erreicht haben. Dafür muss die GEW größer und lauter werden. Ich möchte die GEW nicht nur nach außen stärken, sondern die Organisation auch von innen weiterentwickeln. Die GEW ist für mich ein gewerkschaftliches Zuhause, nicht umsonst laufe ich auf Sitzungen meist auf Socken. Mit Kerstin und Henning gemeinsam zu kandidieren ist einfach passend – weil wir uns gesucht und gefunden haben.

SONDERSCHULLEHRERIN | FG SONDERPÄDAGOGIK | KV KIEL

Ich kandidiere für den Vorsitz der GEW, weil Anpacken besser ist als unzufrieden sein. Unser Bildungssystem ist unfair, unterfinanziert und setzt – damit es überhaupt funktioniert – auf einen überdurchschnittlichen Arbeitseinsatz der Kolleg*innen in Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung. Mit Engagement und Beharrlichkeit will ich mich dafür einsetzen, dass unsere Arbeit wieder Spaß machen kann und Kinder und Jugendliche die Bildung bekommen, die sie verdienen. Ich trete mit Henning und Franzi an, weil wir uns im Team super ergänzen und gemeinsam mehr bewegen können.

Foto: GEW SH

Kerstin Quellmann

Foto: Sven Wied

Henning Schlüter

REALSCHULLEHRER | FG GEMEINSCHAFTSSCHULEN | KV STEINBURG

Ich kandidiere für den Vorsitz der GEW, weil ich schon als kleiner Junge meinen Vater fragte, was die Buchstaben ÖTV auf seinem Schlüsselanhänger bedeuteten und es sich bis heute nicht verändert hat, dass Solidarität, Fairness und Rechtschaffenheit die Grundprinzipien von gewerkschaftlicher Arbeit sein müssen. Die GEW ist die beste Gewerkschaft, die sich für Bildung, Wissenschaft und Erziehung einsetzt. Ich möchte gern erreichen, dass Kitas in Landesverantwortung kommen, dass Gemeinschaftsschulen gemeinschaftlicher werden und dass Hochschulstandorte gestärkt werden. Ich trete mit Franzi und Kerstin zusammen an, weil wir aus Vielfalt Gemeinschaft und aus Gemeinschaft Vielfalt schaffen.

LANDESSCHATZMEISTER*IN | ES KANDIDIERT HEIKE BRUNKERT

SCHULLEITERIN | FG GEMEINSCHAFTSSCHULEN | KV RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

Ich bin 64 Jahre alt und seit etwa 40 Jahren GEW-Mitglied. Viele Jahre davon habe ich aktiv in der GEW mitgearbeitet: im Kreisvorstand, im AjLE (ehemalige Junge GEW), als Zuständige für den Bereich Lehrkräfte- und Erzieher*innen-Ausbildung im Geschäftsführenden Landesvorstand und viele Jahre als Vorsitzende in der Fachgruppe Realschulen und später Gemeinschaftsschulen. Ausgebildet bin ich als Realschullehrerin, inzwischen bin ich seit mehr als 20 Jahren Schulleiterin einer Grund- und Gemeinschaftsschulen mit Förderzentrum mit zwei Schulstandorten im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Da ich für die nächste Zeit beruflich meinen Übergang in den Ruhestand plane, möchte ich meine neu gewonnene freie Zeit auch für die GEW zur Verfügung stellen. Die GEW war immer ein Teil meines Lebens und soll es gern auch weiter sein. Die Aufgabe der Schatzmeisterin ist aus meiner Sicht eine Position, mit der GEW-Arbeit unterstützend gestaltet werden kann und in der ich meine langjährige Erfahrung einbringen kann, ohne direkt in der Öffentlichkeit zu stehen.

Foto: Andreas Wagner

Heike Brunkert

*Kandidat*innen für den GLV*

VORSTANDSBEREICH BILDUNGSPOLITIK
ES KANDIDIEREN ALS TEAM: KATJA COORDES | OLEG GUSSEW

Foto: Sven Wied

Katja Coordes

GEMEINSCHAFTSSCHULLEHRKRAFT | FG GEMEINSCHAFTSSCHULEN | KV KIEL

Mit meiner Kandidatur möchte ich dazu beitragen, dass unser Bildungssystem gerechter wird. Als Lehrkraft bringe ich Unterrichtserfahrungen an Perspektivschulen mit. Mehr Ressourcen für Schulen mit besonderen Herausforderungen war ein Erfolg der GEW. Dieser treibt mich an. Oleg und ich wollen uns gemeinsam im Vorstandsbereich Bildungspolitik dafür einsetzen, dass wirklich jeder Mensch von der Kita bis zur Hochschule dieselben Chancen auf die bestmögliche Bildung hat.

Foto: Studioart Photography Kiel

Oleg Gussew

LEHRKRAFT (PRIVATSCHULE) | FG SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE (STUDIUM „SOZIALE ARBEIT“) | KV KIEL

Ich bin seit 2012 Mitglied und seitdem in der Jungen GEW aktiv, die letzte Wahlperiode auch im GLV. Ich möchte die in diesen Jahren gesammelte Erfahrung nutzen, um im Team mit Katja den Bereich der Bildungspolitik zu bedienen. Wichtig ist mir, dass die GEW wieder Veranstaltungen zu bildungspolitischen Themen anbietet und damit sichtbar wird. Auch die allgemeine Arbeit im Feld der Bildungspolitik ist mir angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks wichtig.

VORSTANDSBEREICH BEAMTENPOLITIK | ES KANDIDIERT CHRISTIANE PETERSEN

Foto: Sven Wied

Christiane Petersen

STELLVERTR. SCHULLEITERIN | FG SONDERPÄDAGOGIK | KV RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

Ich bin seit 2015 im geschäftsführenden Landesvorstand verantwortlich für den Vorstandsbereich Beamtenpolitik und Personalratsarbeit. Bei der Beamtenpolitik ist die Zusammenarbeit mit dem DGB ein wichtiger Anker. Von der amtsangemessenen Alimentation bis hin zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement – viele Themen betreffen alle Beamt*innen und werden gemeinsam bearbeitet und verhandelt. Dazu finden regelmäßig Gespräche mit dem Ministerpräsidenten, aber auch mit der Finanzministerin, statt. Es gibt Regelungen, die vorrangig die Bildung betreffen. Beispiele: Pflichtstundenverordnung, Lehrkräftebildungsgesetz, „Teilzeiterlass“. Hier ist die GEW federführend und je nach Thema alleine oder mit dem DGB gegenüber der Landesregierung aktiv. Ein ganz wichtiges Thema ist die Personalratsarbeit. Ich kandidiere auch deshalb erneut, weil ich die Arbeit der Personalräte nach der erfolgreichen Wahl im Frühjahr 2023 auf allen Ebenen weiter voranbringen möchte. Denn gut informierte und geschulte Personalräte sind ein wichtiges Standbein der Gewerkschaftsarbeit.

VORSTANDSBEREICH TARIFPOLITIK | ES KANDIDIERT JÜRGEN MORLANG

Foto: GEW SH

Jürgen Morlang

LEHRER IM ANGESTELLTENVERHÄLTNIS | FG GEMEINSCHAFTSSCHULEN | TARIFKOMMISSION | KV NEUMÜNSTER

Ich werde dafür eintreten, dass gute Tarifabschlüsse erreicht werden. Dabei ist mir wichtig, dass die Tarifrunde zugleich und zeitgleich die Besoldungsrunde ist. Allerdings muss auch die Benachteiligung der Tarifbeschäftigten, zum Beispiel bei der stufengleichen Höhergruppierung, beendet werden. Die Kandidatur für diese Aufgabe ergibt sich aus meiner eigenen Betroffenheit als Tarifbeschäftigter unter all den verbeamteten Lehrkräften.

VORSTANDSBEREICH KINDER- UND JUGENDHILFE | ES KANDIDIERT RUTH WEYRICH

Foto: privat

Ruth Weyrich

SOZIALPÄDAGOGISCHE ASSISTENTIN | FG SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE | KV KIEL

Ich kandidiere für die Kinder und Jugendhilfe, in diesem Bereich liegt mein besonderer Schwerpunkt in der Frühkindlichen Bildung. Ein guter Start in unser Bildungssystem für die Jüngsten ist mir besonders wichtig. Ein kleiner Schritt zur Bildungsgerechtigkeit, wenn wir es schaffen, gute Grundlagen zu legen. Ich habe fast 20 Jahre in der Krippe gearbeitet, somit bringe ich ein gutes fachliches Verständnis für die Themen der Kolleg*innen aus dem Bereich mit. Die Arbeitsbedingungen und der Fachkräftemangel bewegen auch den Bildungsbereich und sind somit Schwerpunkte meines gewerkschaftlichen Engagements. Für mich ist die Mitarbeit in der GEW eine Möglichkeit, etwas für meine Kolleg*innen in den pädagogischen Berufen zu tun, mich für die Bedürfnisse von Kindern einzusetzen. Ein Teil der Lösung sein.

VORSTANDSBEREICH ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ
ES KANDIDIEREN ALS TEAM: BIRGIT MILLS | TAMARA REICHMANN NIEMANN

GRUND- UND HAUPTSCHULLEHRERIN (PENSIONIERT) | FG GRUNDSCHULEN | KV FLENSBURG

Foto: Remmer Flensburg

Birgit Mills

Das Land Schleswig-Holstein, als Arbeitgeber der Lehrkräfte, stellt keinen gesetzeskonformen Arbeitsschutz für Lehrkräfte bereit. Das muss sich ändern! In den letzten acht Jahren habe ich, Birgit Mills, mich in diesen komplexen Arbeitsbereich eingearbeitet, möchte aber die Aufgabe an eine jüngere Kollegin, Tamara Reichmann Niemann, bis zum Ende der Wahlperiode übergeben. Deshalb kandidieren wir im Team. Wir sind überzeugt, dass wir so einen guten Übergang gestalten können und dass Wissen so weitergegeben werden kann. Uns ist es wichtig, sich für die Interessen der Kolleg*innen einzusetzen und Verbesserungen, insbesondere im Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu erreichen. Das geht nur mit der GEW!

GRUND- UND HAUPTSCHULLEHRERIN | FG GRUNDSCHULEN | KV: RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

Foto: Sven Wied

T. Reichmann Niemann

VORSTANDSBEREICH BERUFLICHE BILDUNG | ES KANDIDIEREN ALS TEAM: MAIKE KLOPPENBURG | MORTEN MENSING | CHRISTINA DE LA SAUCE

OBERSTUDIENRÄTIN | FG BERUFSBILDENDE SCHULEN | KV NORDFRIESLAND

Ich kandidiere für dieses Aufgabengebiet, da ich - genau wie die anderen beiden im Team - Berufsschullehrerin bin. Außerdem bin ich im Bezirkspersonalrat (SHIBB) und bin Vorsitzende des örtlichen Personalrats an der Beruflichen Schule in Husum. Ich möchte mein Wissen und meine Erfahrung in Bezug auf berufsbildende Schulen in den Geschäftsführenden Landesvorstand einbringen.

Foto: Sven Wied

Maike Kloppenburg

Foto: Sven Wied

Morten Mensing

OBERSTUDIENRAT | FG BERUFSBILDENDE SCHULEN | KV FLENSBURG

Nach fünf Wahlperioden im örtlichen Personalrat - davon einige Jahre als Vorsitzender - unseres Regionalen Bildungszentrums Hannah-Arendt-Schule in Flensburg möchte ich mein Wissen im GLV einbringen. Ich erlebe unsere Berufsbildenden Schulen als einen facettenreichen Teil unseres Bildungssystems, gibt es doch Kontakte in fast alle anderen Bereiche lebenslanger Bildung. Dies darf sich auch gerne im GLV abbilden, eine Kandidatur im Team bietet sich an.

In den Vorstandsbereichen Hochschule und Forschung sowie im Bereich Schriftleiter*in gibt es keine Kandidatur

Foto: Sven Wied

Christina de la Sauce

TARIFBESCHÄFTIGTE | FG BERUFSBILDENDE SCHULEN | KV PLÖN

Der berufsbildende Bereich liegt mir als wesentlicher Teil unseres Bildungssystems am Herzen. Ich bin dort angestellt tätig und denke die Berufsgruppe der angestellten Lehrkräfte mit. Als Vorsitzende des örtlichen Personalrates und als Mitglied im BPR (SHIBB) sammle ich viele neue Erfahrungen, die ich gern im Team mit Maike und Morten in den Geschäftsführenden Landesvorstand einbringen möchte.

ALS TEAM SIND WIR KOMPETENTER, SIND IM AUSTAUSCH, KÖNNEN MEHRERE SCHWERPUNKTE SETZEN UND DIE TEILNAHME AN TERMINEN BESSER KOORDINIEREN. DAS IST GUT FÜR UNS, DAS IST GUT FÜR EUCH, DAS IST GUT FÜR DIE GEW!

LEITER*IN DER LANDESSTELLE FÜR RECHTSSCHUTZ | ES KANDIDIEREN ALS TEAM: SABINE DUGGEN | CHRISTIAN STEENBUCK

SONDERSCHULLEHRERIN (PENSIONIERT) | FG SONDERPÄDAGOGIK | KV SEGEBERG

Mir liegt der Rechtsschutz sehr am Herzen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Rat suchenden GEW-Mitglieder froh sind, dass es eine Person gibt, die ihnen zuhört und ihnen gute Ratschläge gibt. Besonders sensibel reagiere ich, wenn Schulleitungen, Schulämter oder Ministerium die Kolleg*innen schlecht behandeln, gängeln und mundtot machen wollen. Ich erläutere dann die Rechtslage, entwickle mit den Betroffenen einen Handlungsplan und begleite sie zu Gesprächen. Wir wollen zusätzlich versuchen, zu unterschiedlichen Themen Broschüren bzw. Infoblätter zu erarbeiten. Ihr könnt gern Themenwünsche äußern. Ich kandidiere mit Christian und würde gern weiter mit ihm zusammenarbeiten. So können wir die umfangreichen und zeitaufwändigen Aufgaben gut auf zwei Schultern verteilen. Dazu treffen wir uns auch regelmäßig mit unseren beiden „Super-Juristinnen“ in der Rechtsschutzstelle.

Foto: privat

Sabine Duggen

Foto: Sven Wied

Christian Steenbuck

SONDERSCHULLEHRER | FG SONDERPÄDAGOGIK | KV SEGEBERG

Die Landesstelle für Rechtsschutz ist eine der ersten Institutionen der GEW, die Rat suchende Kolleg*innen ansprechen. Ich möchte auch in Zukunft dazu beitragen, dass Kolleg*innen ihre Fragen möglichst schnell und unkompliziert beantwortet bekommen. Durch meine langjährige Erfahrung als Personalrat kann ich viele Fragen kurzfristig beantworten. Ich mag keine Ungerechtigkeit. In der Landesstelle für Rechtsschutz habe ich die Möglichkeit, für Gerechtigkeit zu arbeiten. Deshalb kandidiere ich für diese Aufgabe. Die GEW steht für mich für Vielfalt in jeder Hinsicht und für eine starke Gemeinschaft, die unsere Interessen als Arbeitnehmer*innen vertritt. Sabine Duggen und ich ergänzen uns im Team hervorragend. Sabine kann als Pensionärin noch flexibler auf die Anfragen unserer Mitglieder reagieren und so schnell auch vor Ort Hilfen anbieten (zum Beispiel bei schwierigen Gesprächen mit Vorgesetzten).

JUNGE GEW | ES WURDEN ALS TEAM ENTSANDT: TINE KARCK | ARNE POPP

LEHRKRAFT IM VORBEREITUNGSDIENST (GYMNASIUM) | KV HERZOGTUM LAUENBURG

Foto: privat

Tine Karck

Eigene Erfahrungen als Vertretungslehrkräfte und der Austausch mit anderen von prekären Arbeitsbedingungen Betroffenen, wie beispielsweise studentischen Hilfskräften, sensibilisieren uns für die prekären Arbeitsbedingungen junger Menschen in den aktuellen Krisen. Zwar haben wir als Gewerkschaften, dank vieler engagierter Kolleg*innen, ein einigermaßen gutes Ergebnis im TVöD verhandeln können, doch eine Erhöhung beim TV-L und eine Einführung des TVStud steht noch aus. Hierfür müssen wir in der jetzigen Tarifrunde gerade als noch junge Arbeitnehmer*innen für unsere Zukunft in der Bildungsarbeit kämpfen. Wir wollen deshalb gemeinsam gerade junge Arbeitnehmer*innen und Berufsanfänger*innen im Bildungsbereich in unserer Bildungsgewerkschaft organisieren. Denn unsere Antwort auf die Krisen heißt GEWerkschaftsarbeit. Wir wollen daher eine Stimme für junge Lehrkräfte, Erzieher*innen, Studierende und andere junge Beschäftigte in der GEW sein. Ziel muss es sein, mehr und aktiver zu werden. Hierfür wollen wir nicht nur durch geschickte Lobbyarbeit und mit Arbeitgeber*innen wirken, sondern auch durch die Förderung einer emanzipatorischen Bewegung in der Bildungsarbeit.

STUDENT (LEHRAMT GEOGRAPHIE UND WIPO) | KV KIEL

Foto: privat

Arne Popp

Foto: Vecteezy

SCHRIFTLEITUNG FÜR DIE „BILDUNG ZWISCHEN DEN MEEREN“ GESUCHT!*

*GEW-MITGLIEDERZEITSCHRIFT

WIE WÄRE ES MIT DIR?

Du freust dich über die regelmäßige GEW-Mitgliedszeitung in deinem Briefkasten? Du findest es wichtig, dass die GEW ihre Mitglieder regelmäßig über ihre Aktivitäten, die Bildungspolitik, interessante Rechtsschutzthemen, die Personalratsarbeit und von der praktischen Arbeit an den Bildungseinrichtungen informiert – und auch regelmäßig etwas zum Schmunzeln veröffentlicht? Du magst es, Texte zu schreiben oder zu überarbeiten? Rechtschreibung und Kommasetzung sind für dich kein Buch mit sieben Siegeln? Du willst Einfluss auf die Arbeit der GEW nehmen? Du hast Interesse, mit anderen Kolleg*innen zu überlegen, welche Inhalte in der Zeitschrift Platz finden sollten und Autor*innen für die Artikel zu suchen? Du hast Ideen für neue Themen in der GEW-Zeitschrift? Es macht dir Freude, Layout- oder Textgestaltungsvorschläge kritisch zu überprüfen?

Wenn du dann auch noch nervenstark und zuverlässig bist, bereit bist, regelmäßig – allein oder im Team - Zeit für die GEW zu investieren, dann solltest du dich bei uns melden!

WARUM?

Für die neue Wahlperiode nach der Landesdelegiertenversammlung (30.11. bis 01.12.2023) von 2023 bis 2027 gibt es noch keine Vorschläge oder Kandidat*in für die Aufgabe der Schriftleitung. Es wäre doch zu schade, wenn diese Aufgabe brach liegen würde und das Erscheinen dieser tollen Zeitschrift nicht mehr sichergestellt wäre.

WAS MACHT DIE SCHRIFTLEITUNG?

Ein Schriftleitungs-Team von bis zu drei Personen bzw. die/der Schriftleiter*in ist verantwortlich für die Mitgliederzeitschrift der GEW SH. Dazu nimmt sie/er bzw. ein Team-Mitglied an den Gremiensitzungen teil, ist so am Puls der GEW-Arbeit und up to date bei den für die Mitglieder relevanten Themen. Die Schriftleitung kann eine Redaktion mit weiteren Personen bilden. Die Redaktion erstellt einen Plan für die Inhalte der zehn Ausgaben der „Bildung zwischen den Meeren“. Sie spricht Autor*innen im GLV, im Landesvorstand oder in Personalräten an, aber auch in der Bildungseinrichtungen oder im Kreis von Journalist*innen. Sie ist im Kontakt mit den GEW-Vorsitzenden und der Landesgeschäftsstelle, um aktuelle Themen und Inhalte abzusprechen. Sie überarbeitet Texte redaktionell und ist Bindeglied zu einer professionellen Layout-Agentur.

Die Arbeit kann gut im Team gemacht werden, indem die Zuständigkeiten für Schwerpunktthemen, Rubriken oder Ausgaben aufgeteilt werden.

Bei Bedarf ist eine Unterstützung durch die GEW-Geschäftsstelle oder die Landesvorsitzenden möglich. Das gesamte Layout wird von einer Agentur gemacht, mit der die Kommunikation per E-Mail und über eine cloud schnell und unkompliziert möglich ist. Ideen oder Änderungswünsche werden professionell umgesetzt. Wichtig: Das neue Redaktionsteam ist beteiligt im Hinblick auf die Anzahl und den Umfang der Ausgaben oder auch bei der Einbeziehung von Journalist*innen. Entstehende Unkosten werden durch die GEW getragen. Du bekommst Unterstützung bei der Übernahme der Aufgabe.

Falls du mehr über die Arbeit erfahren möchtest, Lust hast zu dem ganzen Job oder in der Redaktion mitarbeiten möchtest, dann melde dich bei uns. Gerne auch ganz unverbindlich!

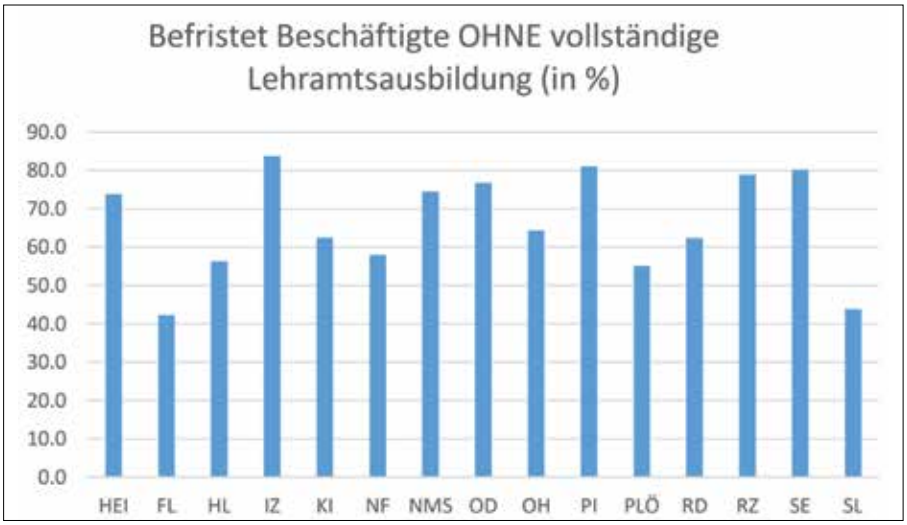
Matthias Heidn,
Schriftleiter „Bildung zwischen den Meeren“

Astrid Henke,
Landesvorsitzende der GEW

Die Situation verschärft sich

Befristete Verträge an Schulen

Die Datenlage zu den Qualifikationen der befristet Beschäftigten nähert sich dem Erleben der Kolleg*innen und deren Berichten an. Weniger als ein Drittel der aktuell knapp 3.000 Vertretungslehrkräfte haben eine abgeschlossene Lehrkräfteausbildung. Das musste Ministerin Prien (CDU) in der Kleinen Anfrage 20-01404 vom 29.09.2023 zu Papier geben. In bestimmten Regionen und Lehrämtern zeigt sich die augenblickliche prekäre Situation deutlich.



Daten sind nicht aktuell genug

Die Zahlen, die das Ministerium für das Schuljahr 2023/24 nennt, sind die zum 01.08.2023. Zu diesem Zeitpunkt – vier Wochen vor Schuljahresbeginn – waren die Einstellungen längst nicht abgeschlossen.

Welche Erkenntnisse gibt es gleichwohl?

Auf den 2.924 befristeten Verträgen zum 01.08.2023 werden 930 (31,8 %) Lehrkräfte mit vollständiger Lehrkräfteausbildung beschäftigt, davon 160 Seniorlehrkräfte. 68,2 Prozent der befristet Beschäftigten haben keine abgeschlossene Lehrkräfteausbildung. Davon sind 879 Lehrkräfte völlig ohne Hochschulabschluss tätig.

In Flensburg und Schleswig-Flensburg haben fast 60 Prozent der Vertretungslehrkräfte eine abgeschlossene Lehramtsausbildung. Viel schlechter stehen die Kreise Dithmarschen (26,2 %), Neumünster (25,4 %), Stormarn (23,1 %), Herzogtum Lauenburg (21,1 %), Segeberg (19,8 %), Pinneberg (18,9 %) und Steinburg (16,2 %) da.

Die Analyse der lehramtsbezogenen Zahlen zeigt deutlich, dass an den Grundschulen lediglich 18 Prozent der Vertretungslehrkräfte eine vollständige Lehramtsausbildung haben. Der Spitzenwert ist an den Berufsbildenden Schulen zu verzeichnen, wo 55 Prozent der Vertretungslehrkräfte voll ausgebildet sind.

Die lehramtsbezogene und regionale Auswertung zeigt auf, dass es in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg und Stormarn an mindestens drei der sechs Schularten die wenigsten Lehrkräfte mit vollständiger Lehramtsausbildung vorhanden sind.

Die Frage nach offenen Vertretungsstellen wird vom Bildungsministerium dahingehend beantwortet, dass diese Zahl statistisch nicht erfasst wird.

Unbefristet, aber ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung

Es gibt verteilt über alle Schularten und Kreise 276 Lehrkräfte (ohne Seiteneinstieg) ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung.

Matthias Heidn,
Leiter der AG Bildungsfinanzierung

WO BLEIBT DIE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE SCHULEN?

Es ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Die Ergebnisse der kleinen Anfrage zur Qualifikation und Anzahl der Vertretungslehrkräfte machen sehr deutlich, dass der Unterricht im Kreis Steinburg oder Pinneberg deutlich öfter von einer Lehrkraft ohne vollständige Lehramtsausbildung oder Hochschulausbildung erteilt wird als in Flensburg oder im Kreis Schleswig-Flensburg. Die Qualität des Unterrichts ist ein entscheidender Faktor für den Bildungserfolg. Ungerechtigkeit ist eingeplant. Wir brauchen umgehend eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, um dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern.

Es ist auch eine Frage der Fürsorge. Fürsorge für die Schulleiter*innen, die Kolleg*innen wie auch für die befristet beschäftigten Lehrkräfte. Im Sommer hat das Bildungsministerium angekündigt, Studierende und befristet beschäftigte Lehrkräfte ohne Lehramtsausbildung besser unterstützen zu lassen. Eine seit langem erhobene Forderung der GEW nach einem Mentoring solle umgesetzt werden – so hieß es. Aufstockungen von Teilzeitkräften sollten dafür verwendet werden. Aufstockungen von Kolleg*innen gab es, allerdings gibt es weiterhin keinerlei Unterstützungsressource! Kolleg*innen und Schulleitungen werden mit der Personalgewinnung allein gelassen. Es muss endlich Ressource bereitgestellt werden für die Unterstützung der betroffenen Schulen. Eine weitere Verzögerung ist inakzeptabel.

Astrid Henke,
Landesvorsitzende der GEW

Amtsangemessene Alimentation 2023

GEW ruft zu Anträgen auf

Im Gegensatz zu den tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst werden beamtete Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit nicht bezahlt. Hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums in Deutschland ist, dass ihnen der Dienstherr ein Amt überträgt, mit dem bestimmte Ausgaben verbunden sind und sie dafür dann versorgt (alimentiert). Dies ist in den jeweiligen bundeslandspezifischen Besoldungsgesetzen festgelegt. Die Alimentation muss dabei angemessen sein und dem jeweiligen Amt entsprechen.

Wie ist der Stand bezüglich der Weihnachtsgeldstreichung 2007

Seit Normierung der sogenannten Schuldenbremse im Grundgesetz und ähnlicher Regelungen in den Landesverfassungen haben mehrere Bundesländer mit sparpolitischen Maßnahmen gegen den Widerstand der Gewerkschaften in die Besoldung ihrer Beamt*innen eingegriffen. In diesen Zusammenhang ist auch die Streichung des Weihnachtsgeldes für schleswig-holsteinischen Beamt*innen 2007 zu stellen. Seither werden u.a. von GEW-Kolleg*innen dagegen Klagverfahren mit Unterstützung des DGB geführt. Für diese Verfahren hat das Land je nach Ausgang eine Übertragung auf alle betroffenen aktiven Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen zugesichert und dieses bis ins Jahr 2021 per gesondertem Erlass verkündet. Die Frage, die die Gerichte in diesem Zusammenhang zu beantworten hatten und haben ist, ob die Besoldung der schleswig-holsteinischen Beamt*innen im Jahr 2007 amtsangemessen war. Das VG Schleswig (mit Beschluss vom 20.09.2018) und das OVG Schleswig (mit Beschluss vom 23.03.2021) befanden beide für unterschiedliche Besoldungsgruppen, dass dies nicht der Fall gewesen sei und haben die Frage dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Die Entscheidung steht noch aus.

Welche Kriterien werden bei der Bewertung der Amtsangemessenheit zu Grunde gelegt?

Die beiden schleswig-holsteinischen Gerichte haben sich bei der Beantwortung der Frage zur amtsangemessenen Besoldung im Jahr 2007 an einer Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 orientiert. Danach ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Besoldung nicht amtsangemessen ist, wenn zwei der fünf folgenden Parameter zutreffen:

Die Differenz zwischen der Besoldungsentwicklung und

- den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst,
- der Entwicklung des Nominallohnindex sowie
- der Entwicklung des Verbraucherpreisindex

beträgt nicht mindestens fünf Prozent des Indexwertes der erhöhten Besoldung in den letzten 15 Jahren;

- eine Abschmelzung der Abstände zwischen zwei vergleichbaren Besoldungsgruppen um mindestens zehn Prozent in den zurückliegenden fünf Jahren. Dabei muss die Nettoalimentation in den unteren Besoldungsgruppen um mindestens 15 Prozent über dem sozialhilferechtlichen Existenzminimum liegen (Abstandsgebot);
- das jährliche Bruttoeinkommen einschließlich etwaiger Sonderzahlungen liegt zehn Prozent unter dem Durchschnitt des Bundes und anderer Länder im gleichen Zeitraum.

Was ist mit der aktuellen Besoldung? Anträge stellen!

Durch die Einführung des Bürgergeldes und die Anhebung des Regelsatzes für die Sozialhilfe zum 1. Januar 2023 wird voraussichtlich ab dem Jahr 2023 das Mindestabstandsgebot in den untersten Besoldungsgruppen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein nicht mehr eingehalten werden können. Eine amtsangemessene Alimentation wäre damit unter Umständen für das Jahr 2023 für alle Besoldungsgruppen nicht gewährleistet (vgl. vierter Dickpunkt oben). Um persönliche Ansprüche für das Jahr 2023 geltend zu machen und sicherzustellen bzw. die Angemessenheit der Alimentation überprüfen zu lassen, muss jede Beamt*in ein eigenes Überprüfungsverfahren starten. Die DGB-Gewerkschaften unterstützen diese Anträge durch ein entsprechendes **Muster-Antragsformular** für die Mitglieder. **Die Anträge müssen vor dem 31. Dezember 2023 beim DLZP eingegangen sein**. Weil nicht feststeht, ob und bei wem das Alimentationsprinzip verletzt ist, sollte gleichzeitig ein Antrag auf Rechtsschutz gestellt werden. Eine Rechtsschutzzusage kann allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Dazu muss die Rechtschutzstelle prüfen, ob die Besoldungsanpassungen rechtlich ausreichend sind.

Das Finanzministerium Schleswig-Holstein hat angekündigt, dass es im Frühjahr 2024 mit einer entsprechenden Gesetzgebung für eine angemessene Alimentation sorgen will. Es wird also Änderungen geben. Angekündigt ist seitens der Landesregierung auch, dass die Übertragung des Ergebnisses aus der jetzigen Tarifrunde TV-L für die Herstellung einer angemessenen Alimentation einbezogen werden soll. Deshalb sollten sich Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen unbedingt an vielen Aktionen der Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen beteiligen.

Was ist zu tun?

1. Muster-Antrag auf Überprüfung der Amtsangemessenheit der Besoldung für das Jahr 2023 an das DLZP stellen bis zum 31.12.2023;
2. Kopie des Antrags zusammen mit dem Antrag auf Rechtsschutz einscannen und als pdf an folgende E-Mail-Anschrift schicken Besoldung2023@gew-sh.de
3. Mitmachen bei Aktionen zur Tarifauseinandersetzung TV-L (Herbst 2023)
4. Solidarität zeigen mit den tarifbeschäftigten Kolleg*innen

Unterlagen wurden an die Mitglieder verschickt

Die GEW hat allen verbeamteten Mitgliedern und den Pensionär*innen per E-Mail die Unterlagen zugesandt. Falls du keine Unterlagen bekommen hast, schreibe bitte eine E-Mail an Besoldung2023@gew-sh.de mit dem Betreff „Musterantrag“, um die Unterlagen anzufordern.

Telefon-Hotline der GEW

Für die Beantwortung konkreter Fragen zur Antragstellung haben wir eine Telefon-Hotline eingerichtet. Diese erreichst du am **15.11. 2023 von 14 bis 16 Uhr** sowie am **23.11.2023 von 13 bis 15 Uhr** unter folgender Telefonnummer **0431 – 5195 - 134**. Aktuelle Informationen findest du auch auf der Homepage unter **www.gew-sh.de**.

Christiane Petersen,
Mitglied im GLV (Beamtenpolitik)

Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt die Putsche

Gewerkschafterin aus Burkina Faso zu Besuch

Sie arbeitet als Deutschlehrerin an einer Universität in der Hauptstadt Ouagadougou. Zata T. ist Mitglied der Bildungsgewerkschaft F-SYNTER, im burkinischen Gewerkschaftsbund CGT-B und für diesen in einer Antikorruptions- und einer Menschenrechtsinitiative aktiv.

Zata kenne ich seit meinem Besuch mit GEW-Kolleginnen in Burkina Faso vor zehn Jahren und blieb mit ihr in Kontakt. Im Deutsch-Lehrbuch, mit dem sie unterrichtet, erzählt eine Kieler Familie Neumann aus Schleswig-Holstein. Nun wollte sie mit eigenen Augen Norddeutschland sehen.

„Für ein Visum kommt man als Bittsteller*in in die deutsche Botschaft."

Unsereins stellt es sich so einfach vor. Ich reise in ein außereuropäisches Land, besorge mir also ein Visum bei der Botschaft dieses Landes, für Tourist*innen meist drei Monate gültig. Umgekehrt brauchen Menschen aus dem globalen Süden für die Urlaubsreise nach Deutschland umfangreiche Dokumente und triftige Gründe. Zatas Gehalt als Lehrkraft ist niedrig, sie braucht eine Verpflichtungserklärung und Einladung von mir, Versicherungsbescheinigungen, den ausgefüllten Visumsantrag und einen Termin bei der deutschen Botschaft, um den Antrag und die Dokumente zur Prüfung einzureichen und sich Interviews zu stellen. Zata ist für ihre Reise an Urlaubszeiten gebunden, das ignorierte das Personal der deutschen Botschaft.

Begegnung mit der deutschen Schwestergewerkschaft

Das Besuchsprogramm war nicht nur touristisch geprägt. In der letzten Augustwoche begleitete mich Zata zu Treffen meiner GEW-Arbeitsgruppen: AG Bildung statt Kinderarbeit im Curio-Haus der GEW in Hamburg und AG Internationales im Kieler Gewerkschaftshaus.

Wir nutzten die Gelegenheit zum regen Austausch mit der Gewerkschafterin aus Westafrika. Unsere Fragen betrafen sowohl die aktuelle Situation in der Sahelzone und die Bedrohung für die Bevölkerung, die Arbeit der Bildungsgewerkschaften in Burkina Faso sowie die Unterschiede in der Arbeit unserer beiden Gewerkschaften F-SYNTER und GEW.

Der zweite Fragenkomplex ist einfach beantwortet: „So viele Zusammenkünfte und Arbeitsgruppen wie hier sind den Gewerkschafter*innen weder finanziell, noch arbeitstechnisch möglich. Viele Lehrkräfte müssen neben ihrem regulären Unterricht in der staatlichen Schule zusätzliche Aufgaben oder Unterricht in Privatschulen übernehmen, damit sie den Lebensunterhalt für ihre Familie finanzieren können. Gewerkschaften bekommen die Beiträge ihrer Mitglieder oft nicht, weil die Regierung Banken nicht erlaubt, die Überweisung der Beiträge vom Gehaltskonto an die Gewerkschaften auszuführen. Deshalb sind wir für landesweite Veranstaltungen, wie den jährlichen Frauenkongress oder den Gewerkschaftstag alle vier bis fünf Jahre, auf Hilfe befreundeter Gewerkschaften angewiesen."

Foto: A. Römer

Ein Leben unter Kriegsbedingungen

Deutsche Nachrichten berichten von Terrorangriffen auf die Bevölkerung in Ländern der Sahelzone und über Militärputsche gegen demokratisch gewählte Präsidenten. „Wie denken Menschen in Burkina darüber und wie leben sie damit?", fragten wir Zata. Ihre Antworten waren hier komplexer und erstaunten auch einige von uns, weil wir falsch oder nur unzulänglich informiert sind.

„Wir leben seit Jahren mit diesen Terrorangriffen auf Dörfer oder Marktplätze am Rand von Kleinstädten. Es gibt für die Überfälle übrigens keine religiösen oder ethnischen Gründe, sie werden von bezahlten Banden zur Verunsicherung der Bevölkerung verübt. Ein Zehntel unserer Bevölkerung lebt deshalb als Binnenflüchtling im Land und möchte in ihre Heimatdörfer, auf ihre Felder zurückkehren."

Über die Militärputsche in Burkina und die Haltung der Bevölkerung antwortet Zata:

„Ende 2020 wurde Präsident Kaboré trotz Unzufriedenheit mit seiner Politik angeblich für weitere fünf Jahre gewählt. Versprochene Reformen waren nicht im Ansatz verwirklicht, Terrorübergriffe, Schulschließungen, Jugendarbeitslosigkeit und die Korruption hatten zugenommen. Insofern begrüßt die überwiegende Mehrheit und insbesondere die junge Bevölkerung die Putsche. Sie steht hinter der Politik des aktuellen Präsidenten Ibrahim Traoré, der Blockfreiheit, die Unabhängigkeit und Souveränität Burkina Fasos und sichere Lebensbedingungen für die Menschen propagiert.

‚Demokratisch gewählt'? In unseren Ländern bekommen nicht alle Wahlberechtigten eine Wahlkarte, man lässt sich registrieren. Bei Kontrolle von Wahllisten fände man Namen von längst Verstorbenen und von Teenagern, die nicht wahlmündig sind."

Die Frage, ob europäische Wahlbeobachtung solche und andere Tricks erkennen könnte, erübrigt sich. Für Zata ist unsere Wahlbeobachtung eher Wahltourismus.

Bruni Römer,
AG Internationales

Kurz & knackig

Tipps, Hinweise und Termine

LesePeter Oktober 2023

Im Oktober 2023 erhält den LesePeter das Jugendbuch „Rude Girl“ von Birgit Weyhe. Die Graphic Novel erzählt die Biografie einer amerikanischen Germanistik-Professorin mit karibischen Wurzeln. Dabei wird der Schaffensprozess der Autorin in Zwischenkapiteln thematisiert. So können Leser*innen verschiedene Perspektiven auf Fragen rund um Klassismus, Rassismus, kulturelle Aneignung etc. einnehmen und reflektieren.

Mehr Buchtipps und Unterrichtsmaterialien: www.gew.de/gew/ausschuesse-arbeitsgruppen/weitere-gruppen/die-ajum

Schüler*innen-Ticket kommt

Land und Kommunen haben eine Vereinbarung geschlossen, ab 1. April 2024 „ein landesweit einheitliches Nahverkehrsticket für alle Schülerinnen und Schüler einzuführen“ (Wirtschaftsministerium SH). Der Preis soll maximal 29 Euro pro Ticket betragen.

Das Startchancenprogramm startet 2024/25

Bundesweit sollen rund 4.000 Schulen gefördert werden. Die Höhe der Fördermittel für die Länder soll sich in Teilen des Programms an den sozialen Rahmenbedingungen orientieren, vorrangig am Anteil der Kinder und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien und mit Migrationshintergrund. Das Programm soll über 10 Jahre laufen. Der Bund stellt pro Jahr bis zu eine Mrd. Euro zur Verfügung, die Länder finanzieren das Programm in gleicher Höhe.
Die GEW kritisiert die nicht ausreichende Finanzierung des Programms und fordert eine gerechtere Verteilung der Gelder.

Petition gegen Lehrkräftemangel

Der Lehrkräftemangel ist dramatisch. Er ist aktuell die größte Herausforderung an den Schulen. Deshalb hat die GEW gemeinsam mit campact eine Petition gestartet. Am 12.10.2023 haben GEW und campact die Petition an KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch (CDU) überreicht. Bisher haben weit über 140.000 Menschen die Petition unterschrieben.

VHS wurde 75

Der Verband der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein wurde im April des Jahres 1948 in Rendsburg gegründet. „Die Volkshochschulen haben eine große Bedeutung, weil sie allen Menschen einen vielfältigen Zugang zu Bildung bieten. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, gerade wenn es um politische Bildung geht.“ (Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord)

Befragung zur Lehrkräftegesundheit

Vom 06. – 29.11.2023 haben alle Mitarbeiter*innen an den Schulen die Gelegenheit, sich an einer Befragung aller Landesbeschäftigten zur Arbeitsfähigkeit, Gesundheit und Arbeitszufriedenheit zu beteiligen.
Bei der Befragung im Jahr 2017 war die Teilnahme der Schulen zahlenmäßig unterdurchschnittlich. Das Bildungsministerium hat nach der Auswertung nur vereinzelt Maßnahmen bei Kleinigkeiten ergriffen.

Deshalb ist es durch eine hohe Teilnehmer*innenquote möglich und nötig, der Landesregierung zu zeigen, dass an den Schulen vieles im Argen liegt.

+++ Entscheidende Verhandlung TV-L: 07.–09.12.2023 +++

Notizen

aus dem Gewerkschaftshaus

Foto: GEW SH

von Bernd Schauer, Geschäftsführer der GEW Schleswig-Holstein

Freitag, 15. September 2023, 16 Uhr
KI

Obwohl die Teilnehmer*innen intensiv arbeiten und diskutieren, sind Klausurtagungen unseres Landesvorstandes nicht immer der große Brüller. Das war diesmal anders. Schon der inhaltliche Einstieg fesselte die Zuhörer*innen. Dr. Thorben Jansen vom Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Uni Kiel gab einen imponierenden Überblick über Künstliche Intelligenz (KI) und deren möglichen Einsatz in der Schule. Er erklärte KI auch für mich als absolutem Laien verständlich. Die vielfältigen Möglichkeiten zeigte er auf, ohne die Risiken beiseite zu wischen. Echt was gelernt!

Freitag, 15. September 2023, 22 Uhr
Musikalische Stärken

Das Abendprogramm der Klausurtagung konnte das hohe Niveau des geistigen Inputs vom Nachmittag zwar nicht ganz halten, aber viele Kolleg*innen offenbarten überraschende Kompetenzen. Unser Kollege Dennis hatte seine Gitarre dabei. So bekam der Abend im wahrsten Sinne des Wortes eine besondere Note. Die Landesvorstandsmitglieder schmetterten Freiheits- und Arbeiterlieder. Obwohl es etwas seltsam anmuten mag, wenn Menschen, deren Handwerkszeug in der Regel der Rotstift ist, von Hammerschlag singen, lässt sich doch zweifelsfrei festhalten: Die Bildungsgewerkschaft GEW hat musikalische Stärken.

Sonnabend, 23. September 2023
Gnädiger Wettergott

Einen Augenblick überlege ich, die Bettdecke über den Kopf zu ziehen und liegen zu bleiben. Regen prasselt ans Fenster. Die Vorstellung, heute bei sintflutartigen Regenfällen mit wahrscheinlich nur 107 anderen Hartgesottenen für eine Bildungswende durch Kiel zu ziehen, motiviert nicht zum Aufstehen. Schweren Herzens raffe ich mich trotzdem auf. Und der Wettergott hat ein Einsehen. In Kiel scheint die Sonne. Wir erleben eine Demo wie aus dem Bilderbuch: mehr als 550 motivierte Teilnehmer*innen, kämpferische Reden, tolle Trommelwirbel von Super-Rabatzki und Soulmusik vom JB Soul Orchestra am Bootshafen, das die Herzen höher schlagen lässt. Ein toller Tag, wie uns viele Kolleg*innen bestätigen. Für eine Bildungswende müssen wir jedoch noch ein paar Schippen drauf legen. Ach, ja, der Tag endet, wie er begonnen hat: mit einem Wolkenbruch.

Donnerstag, 28. September 2023
Fachkräftemangel

In der Mitte des langen Ganges in der GEW-Landesgeschäftsstelle befindet sich eine Brandschutztür. Bei Rauchentwicklung soll sie automatisch schließen. Tut sie wegen einer kaputten Platine zurzeit allerdings nicht. Wir müssen sie daher jedes Mal per Hand öffnen. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn sie danach nicht immer mit einem Riesen-Rumms ins Schloss fiele. Telefongespräche werden gestört, Gedankengänge unterbrochen. Erste Kolleg*innen sitzen sogar mit Kopfhörern im Büro, um dem lästigen Krach zu entgehen. Wie lange unser Martyrium noch dauern soll, bleibt unklar. Nicht nur in Kitas und Schulen herrscht Fachkräftemangel - auch unter Brandschutztür-Monteur*innen.

Donnerstag, 29. September 2023
Gendern in Pinneberg

Eines vorweg: Ich bin kein Freund des *. Erst Recht nicht des gesprochenen *. Den kriegt in GEW-Kreisen nur eine Kollegin so hin, dass Zuhörer*innen nicht an Schluckauf glauben. In Zeiten, in denen AfD und CDU das * zum Wahlkampfschlager auserkoren haben, ist es höchste Zeit eigene Aversionen hintenan zu stellen. Die schleswig-holsteinische FDP-Landtagsabgeordnete Annabell Krämer reiht sich nun in den Kreis derjenigen ein, deren Welt unter zu gehen droht, wenn Lehrer*innen nicht bei jeder *nutzung die Korrektur-Keule rausholen. Den vermeintlichen Skandal im Auge bombardiert sie die Landesregierung mit sechs Fragen zu „Gendern an Schulen im Kreis Pinneberg“. Ob der Erlass zur Verwendung gendergerechter Sprache an allen Schulen im Kreis Pinneberg umgesetzt werde, will sie wissen. Und außerdem: „Wie geht die Landesregierung mit Beschwerden von Erziehungsberechtigten bezüglich einer Genderanweisung in Schulen um?“ Die Antwort dürfte die Abgeordnete beruhigen: „Die Schulaufsicht überprüft Beschwerden von Erziehungsberechtigten und wirkt erforderlichenfalls auf ein erlasskonformes Handeln der Schulen hin.“ Dann ist ja alles in Butter. Wegen schlechter Bedingungen in den Schulen können Schüler*innen zwar immer schlechter lesen und schreiben, aber die Schulaufsicht wirkt auf erlasskonformes Handeln beim Gendern hin.

Impressum

Herausgeberin und Verlag:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
LV Schleswig-Holstein,
Legienstr. 22, 24103 Kiel,
Tel.: 0431-5195-150, Fax: 0431-5195-154
www.gew-sh.de, E-Mail: info@gew-sh.de
Schriftleitung: Matthias Heidn,
Tel.: 04194-980226, heidn@gew-sh.de
ISSN 0943-3538
Redaktionschluss: jeweils der 1. des Vormonats
Gestaltung: bleifrei Texte + Grafik
Druck: nndruck, Kiel, info@nndruck.de

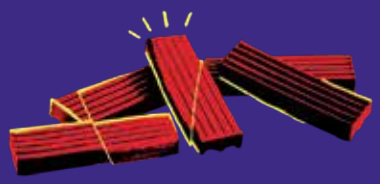
Für GEW-Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten. „Bildung zwischen den Meeren“ erscheint 10 x jährlich (im Januar und August keine Ausgabe). Adressänderungen und Anliegen richten Sie bitte direkt an den Landesverband der GEW. Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor.

Hinweis: Die Drucklegung dieser Ausgabe erfolgte am 16.10.2023. Für aktuelle Entwicklungen verweisen wir auf die Homepage der GEW: **www.gew-sh.de**

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE LÄNDER 2023

WIR FORDERN EIN, WAS IHR VERDIENT:

10,5 % MEHR GEHALT
MINDESTENS 500€



MEHR KNETE FÜR
ERZIEHER*INNEN

TARIFBINDUNG FÜR
STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE

INFORMATIONEN UNTER
WWW.GEW-SH.DE/TARIFRUNDE

GEW PROFIS BRAUCHEN MEHR
TARIFRUNDE Länder 2023